



26. Mai 2020

Gedankenaustausch der AG Selbst Aktiv mit Bärbel Bas

Die Auswirkungen der Coronapandemie waren genauso Thema eines Gedankenaustauschs zur Behindertenpolitik von Vertreter*innen der AG Selbst Aktiv mit der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Bärbel Bas wie der Gesetzesentwurf zum Intensivpflege- und Rehabilitationsstärkungsgesetz. Angesichts der Rahmenbedingungen fand der Gedankenaustausch zu behindertenpolitischen Fragestellungen in Form einer Telefonkonferenz statt.

Anhand beruflicher Erfahrungen bzw. Schilderungen aus den Mitgliedsreihen skizzierten Vorstandsmitglieder der AG zum Auftakt des Gespräches die Auswirkungen der Reduzierung des Regelbetriebes auf Menschen mit Behinderungen an Beispielen wie der Vorbereitung auf die Dialyse oder der Thromboseprophylaxe. Mit Bärbel Bas war sich die AG Selbst Aktiv einig, dass es auch in einer solchen Situation nicht sein kann, dass medizinisch wichtige Untersuchungen und Behandlungen mit gegebenenfalls existentiellen Folgen für Betroffene auf ungewisse Zeit verschoben werden und auf der anderen Seite Betten leer stehen bzw. Personal in Kurzarbeit geschickt wird. "Hier müssen wir in der Tat für künftige Situationen nachjustieren. Die Bettenpauschale ist aufgrund der zeitlichen Bedingungen wohl zu sehr nach dem Gießkannenprinzip ausgeschüttet worden", erklärte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion dazu.

Zum Gesetzesentwurf zum Intensivpflege- und Rehabilitationsstärkungsgesetz stellte Bärbel Bas klar: "Außerklinische Intensivpflegepatientinnen und -patienten sollen auch in Zukunft selbst entscheiden können, wie und wo sie leben möchten. Eine Verschlechterung der Situation der Betroffenen darf es nicht geben. Die Wahlfreiheit darf nicht eingeschränkt werden." Die AG Selbst Aktiv unterstützte diese Position und forderte weitere Verbesserungen an diesem Gesetz. "Zwar steht nach zahlreichen Protesten Betroffener der eigene Haushalt oder die Familie nunmehr gleichberechtigt neben der stationären Unterbringung oder der Versorgung in Wohneinheiten als Leistungsort im Gesetzesentwurf", freute sich der AG-Vorsitzende, Peter Gabor. "Allerdings atmet die Gesetzesbegründung noch zu sehr den Geist der Priorisierung stationärer Intensivpflege, so dass betroffene Menschen mit Behinderungen, die auf außerklinische Intensivpflege angewiesen sind, nach wie vor Sorge vor einem zwangsweisen Wechsel ihres Wohnortes haben. Im Entwurf kommt zudem die nach ICF, SGB IX und UN-BRK für Menschen mit Behinderungen wichtige

Teilhabeorientierung zu kurz, und nicht zuletzt muss es im weiteren Verfahren für Betroffene und ihre Verbände die Möglichkeit geben, ihren Bedenken und Sorgen öffentlich Ausdruck zu verleihen", fasste Peter Gabor die Perspektive der Selbst Aktiven zusammen.

Bärbel Bas sagte ihre Unterstützung zu: "Mit der SPD-Fraktion wird es ausschließlich ein ordnungsgemäßes Gesetzgebungsverfahren und keine Sonderwege geben. In der Tat ist in der Öffentlichkeit leider der Eindruck entstanden, als gehe es bei dem Vorhaben um die Kontrolle der auf Intensivpflege angewiesenen Menschen. Dies müssen wir korrigieren. Schließlich stehen die Verhinderung des Missbrauchs der Intensivpflege und die Qualität der Arbeit im Vordergrund des Gesetzes", dokumentierte die Bundestagsabgeordnete die Position der SPD-Bundestagsfraktion und äußerte deren Absicht, im weiteren Gesetzgebungsverfahren Vorschläge Betroffener und ihrer Verbände aufzunehmen. "Für mich ist klar: Wenn ein Mensch gut zu Hause gepflegt wird und er damit weiter am Leben seiner Familie teilhaben kann, dann muss das möglich sein. Ich wünsche mir, dass das in der CDU-Fraktion genauso klar wäre" kritisierte Bärbel Bas. Die AG-Vertreter*innen griffen den Hinweis auf und werden im Rahmen ihres Netzwerkes Menschen mit Behinderungen aus der CDU um Unterstützung für Änderungen des Gesetzesentwurfs bitten.

Zum Abschluss dankten Peter Gabor und Bärbel Bas sich gegenseitig für die angeregte Diskussion und kamen überein, bei relevanten Fragen auch künftig den Austausch zu suchen - dann hoffentlich im persönlichen Kontakt und nicht nur per Telefon. Im persönlichen Gespräch kann man einiges klären. So war - das wurde angesprochen - nie eine Impfpflicht bei Corona geplant. "Zwar hat der Gesundheitsminister zunächst mit einem gesonderten Immunitätsnachweis geliebäugelt. Aber dies ist vom Tisch. Mit der SPD wird es keinen gesonderten Nachweis und daraus resultierenden Sonderrechten geben", erklärte Bärbel Bas. Sie zeigte sich darüber hinaus dankbar für die Praxisbeispiele, über die die AG Selbst Aktiv berichtet hat.